

KAI-AXEL AANDERUD



**30 JAHRE
DEUTSCHE
EINHEIT**

- eine Bilanz

Mittler

KAI-AXEL AANDERUD

**30 JAHRE
DEUTSCHE
EINHEIT**
- eine Bilanz

Mittler

Für Anton Philip

Inhalt

Vorwort

Danksagung

Prolog im Osten

„Die Überlegungen sollten davon ausgehen, dass es keinen Krieg mehr gibt“

„Erster Spatenstich fürs Grab“

Ungarn reißt den Eisernen Vorhang ein

Furcht vor „Chinesischer Lösung“

Geheime Begegnung auf Schloss Gymnich

„... um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise ...“

„Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren“

„... damit der friedliche Dialog möglich wird. Es sprach Kurt Masur“

„Mit dem klugen Volk der DDR ein demokratisches Land aufbauen“

Letztes Faustpfand der DDR-Führung

„... nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich“

Aus „Wir sind das Volk!“ wird „Wir sind ein Volk!“

Der Aufruf „Für unser Land“

Kohls Zehn-Punkte-Programm

„Zweimal haben wir die Deutschen geschlagen! Jetzt sind sie wieder da!“

„Ich liebe Deutschland so sehr, dass ich lieber zwei als eines davon haben möchte“

Eine „äußerst dreiste Einmischung“

„Bringt Glasnost nach Ost-Berlin!“

Neue DDR-Verfassung oder Beitritt zum Grundgesetz?

„Mein Ziel bleibt – wenn die geschichtliche Stunde es zulässt – die Einheit unserer Nation“

Der Sturm auf die Trutzburg der Stasi

„Kommt die DM, bleiben wir ...“

„Ein guter Tag für Deutschland, ein glücklicher Tag für mich“

Modrow kehrt mit leeren Händen aus Bonn zurück

Kohl beeindruckt von struktureller Stärke der „schmutzigen Brüder“

Diestel sträubt sich gegen „schmuddelige Joppe“

Lafontaine warnt vor „nationaler Besoffenheit“

„Genossen, wir haben nichts zu verschenken“

„Beide deutsche Staaten sollten sich um der Einheit Willen aufeinander zu reformieren“

„Für sie waren wir Störenfriede der Entspannungspolitik“

Deutsche Forumpartei gibt Kohl einen Korb

Angela Merkels politischer Förderer als IM „Torsten“ enttarnt

„Ein sensationelles Ergebnis. Damit hat bestimmt kaum einer gerechnet“

IM „Maximilian“: die fünf Identitäten des Ibrahim Böhme

„Nicht Ministerpräsident, sondern Konkursverwalter“

„Wir haben genügend Geld da“

„Chancen, die kein anderes Land in Osteuropa hat“

„Diesen Wartburg, den Sie hier gezeigt haben, den kauft keiner mehr bei uns“

„Eine Aufgabe von nahezu furchterregender Dimension“

„... nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der DDR beschlossen“

„Der Bundesfinanzminister sitzt damit auf einem Pulverfass“

Zwei plus Vier gleich Eins – „Meisterwerk der Diplomatie“

Das neue Deutschland

„Kassandra gewinnt keine Wahlen“

Ein Wessi, vier Osis, fünf Länder

„Die Maschinen gehören ins Deutsche Museum!“

„Großer Preis des Mittelstandes“ für erfolgreiche Unternehmensübernahme

„O Gott, was passiert, wenn Stolpe fällt?“

„Land, Fraktion und Regierung leiden unter diesem Ministerpräsidenten“

Kurt Biedenkopf beantragt DDR-Staatsbürgerschaft

„Das kann nicht die RAF allein gewesen sein“

„Kanzlerversprechen“ und „Eierwurf von Halle“

IM „Czerni“ macht Platz für Angela Merkel

Erste Niederlage in Kyritz, nächster Karriereschritt in Dresden

Mysteriöses Ende eines Großverlegers

„Beispiellose Verödung der ostdeutschen Presselandschaft“

„Und in diesem Sinne, liebe Genossinnen und Genossen – auf Wiederschauen!“

„Wenn die Russen abhauen, dann machen wir diese Flasche auf“

„Niemand wird uns besiegen, solange wir uns selbst nicht erniedrigen“

„Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat“

„Wir mussten den Menschen wirklich sehr viel zumuten“

Der „kleine König von Thüringen“ baut Jenoptik um

„... nicht von ein paar wild gewordenen Glatzköpfen kaputtmachen lassen“

„Willkommen, Bundeskanzler Helmut Schröder!“

„Jedes Ostprodukt spiegelt einen Tag in der eigenen Lebensgeschichte“

„Unser schönes Geld aus dem Westen, verplempert im Osten“

„Wir müssen die Kirche doch auch mal im Dorf lassen!“

„Insgesamt hat sich die PDS nur wenig kooperativ gezeigt“

„Wichtige, sehr glückliche Männer in Heiligendamm“

„Zukunftstreiber sind Humankapital, Kreativität und Weltoffenheit“

„Einfach besorgte Bürger“

„Wir schaffen das!“

„Eine widerliche Scharade. Ein deutscher Tabubruch!“

„Erste ‚echte‘ ostdeutsche Richterin am Bundesverfassungsgericht“

„Was Helmut Kohl damals versprach, war eine Untertreibung“

„Deutschland rocks!“

Endnoten

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Bildnachweis

Impressum



19. Dezember 1989: Bundeskanzler Helmut Kohl wendet sich vor der Ruine der Frauenkirche an Tausende Dresdner.

Vorwort

Jeder dritte Deutsche im wiedervereinigten Deutschland ist zu jung, als dass er sich an die Euphorie und den Freudentaumel am 3. Oktober 1990 erinnern könnte; 25,1 Millionen Einwohner dieses Landes sind 30 Jahre oder jünger. Und bei uns Zeitzeugen haben sich drei Jahrzehnte gelebtes Leben auf die Erinnerungen gelegt, viele von ihnen sind verblasst, vergessen, verdrängt. Dabei lohnt es, die Ereignisse jener drei Jahrzehnte Revue passieren zu lassen oder sich die Bilder ins Gedächtnis zu rufen, um sich das Privileg bewusst zu machen, in einem demokratischen, friedlichen und von befreundeten Nachbarnationen umgebenen Deutschland leben zu können. Der Verlauf der jüngsten deutschen Geschichte war mitnichten vorgegeben, die Deutsche Einheit eine, aber keineswegs die einzige Option. Die große Mehrheit der Deutschen hat die Wiedervereinigung ersehnt und in demokratischen Wahlen angekreuzt, doch gab es mit dem Appell der DDR-Opposition „Für unser Land“ einen durchaus ernst zu nehmenden Gegenentwurf. Die Rahmenbedingungen für die Realisierung der Einheit in Freiheit waren 1990 einzigartig; wie Erfolg versprechend wäre es wohl heute, der Kremfführung sechs Milliarden Euro dafür anzubieten, sechs russische Armeen mit 546.000 Mann und 2,7 Millionen Tonnen Militärausrüstung aus Mecklenburg, Brandenburg und Thüringen abzuziehen?

Wer zu „Wendezeiten“ im mitteldeutschen Chemiedreieck unterwegs war, dem fehlte damals selbst in den kühnsten Träumen die Fantasie, sich einen blauen Himmel über Bitterfeld und Städte ohne den beißenden Schwefelgeruch der Braunkohleheizungen vorzustellen. Wer dagegen heute durch Görlitz, Naumburg und Wismar geht, dem fällt kaum eine treffendere Bezeichnung für sie ein als „blühende Landschaften“. Wer sie nicht sehe, sei entweder blind oder böswillig, hat der erste demokratisch gewählte und zugleich letzte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, einmal gesagt.

Der Stand der Deutschen Einheit stellt aller eindrucksvollen Erfolge beim Zusammenwachsen Deutschlands zum Trotz nicht alle

Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen zufrieden; viele Menschen vor allem im Osten Deutschlands haben tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Umbrüche meistern müssen. Eine der großen Herausforderungen besteht darin, den Zuspruch zur Demokratie und zu ihren Institutionen zu stärken. Die politischen Wertüberzeugungen in den neuen und den alten Ländern seien eines der wenigen Felder, auf denen man noch ein unterschiedliches Bild finde, heißt es im aktuellen „Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit“ der Bundesregierung. Dennoch belegen jüngste Umfragen ein höheres Maß an Zufriedenheit als zu jedem anderen Zeitpunkt seit der Wiedervereinigung.

Dieses Buch möchte Meilensteine würdigen und Wissen vermitteln. Es schlägt den Bogen von der Friedlichen Revolution des Herbstes 1989 bis in die Gegenwart, beleuchtet die innenpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen ebenso wie die außenpolitischen Weichenstellungen. Dieses Buch lässt Zeitzeugen zur Gestaltung des neuen Deutschland zu Wort kommen, zur bis heute umstrittenen Arbeit der Treuhandanstalt, zur moralischen und juristischen Aufarbeitung des SED-Unrechts, zur Neuordnung des Medienmarktes, die der Autor in den Potsdamer Filmstudios und beim „Morgen“ in Ost-Berlin aktiv miterlebte und über den dort zunächst noch verwendeten Bleisatz staunte.

Dieses Buch möchte aber auch jene 21 Prozent der Westdeutschen neugierig machen, die in den vergangenen 30 Jahren noch nie im zwischen Ostsee und Erzgebirge gelegenen Teil Deutschlands gewesen sind. „Wir miteinander“, so lautet das Motto der in Potsdam stattfindenden Feiern zum Jubiläum „30 Jahre Deutsche Einheit“. Die Jugend lebt dieses „Wir miteinander“ seit Langem; heute kommen für zwei ostdeutsche Studierende, die nach Westdeutschland gehen, durchschnittlich drei westdeutsche in den Osten. Wir Übrigen sind aufgerufen, nicht nur Meilensteine zu erinnern und Wissen zu vermitteln, sondern auch Dialoge zu führen und in ihnen einerseits die Faktoren zu benennen, die gleichwertigeren Lebensverhältnissen in ganz Deutschland noch im Wege stehen, andererseits aber die Gegenwart an unserer eigenen

deutschen Geschichte zu messen – und viel stärker die in 30 Jahren vollbrachten Erfolge zu würdigen.

DANKSAGUNG

Verleger Peter Tamm junior und seinem Team danke ich für die Realisierung dieses Projekts und Lektorin Annette Krüger für die gründliche Durchsicht des Manuskripts und viele gute Hinweise.

Prolog im Osten



15. Juni 1971: Der 8. Parteitag der SED beschließt die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“.

„DIE ÜBERLEGUNGEN SOLLTEN DAVON AUSGEHEN, DASS ES KEINEN KRIEG MEHR GIBT“

Seit 17 Jahren ist Erich Honecker Erster Sekretär des Zentralkomitees (ZK) der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED),

Vorsitzender des Staatsrates und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Am 14. Juni 1988 äußert er seine Befürchtung im Politbüro des ZK der SED erstmals laut: „Wir müssen den Zusammenbruch verhindern!“¹ Die auf dem 8. Parteitag der SED im Juni 1971 beschlossene „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ist de facto gescheitert. 78,5 Prozent des Staatshaushalts dienen der Finanzierung steigender Sozialleistungen und der Subventionierung von Mieten und Verbraucherpreisen, lediglich 18,8 Prozent investiert die DDR-Führung in die Wettbewerbsfähigkeit des Landes; 53,8 Prozent der Industrieanlagen und 67 Prozent der Bausubstanz sind verschlissen. Die Arbeitsproduktivität geht seit den 1950er-Jahren kontinuierlich zurück und liegt 1988 lediglich bei 20 bis 25 Prozent des westdeutschen Niveaus.

Bei mittlerweile 400 westlichen Banken steht die DDR in der Kreide, Monat für Monat wächst die Verschuldung um 500 Millionen DM – seit 1986 um 61,4 Prozent auf 48,8 Milliarden DM, so wird es Plankommissionschef Gerhard Schürer im Herbst 1989 errechnen.² „Erich, vergiss das nie“, hatte der damalige Kremlchef Leonid Breschnew seinem kommenden Mann in Ost-Berlin 1970 in Erinnerung gerufen, „die DDR kann ohne uns nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR.“ Nun, keine 20 Jahre später, ist aus Moskau keine Hilfe mehr zu erwarten. „So, wie es jetzt ist, geht es an den Baum, Totalschaden“, schwant dem für Wirtschaft zuständigen Politbüromitglied Günter Mittag im November 1988 im kleinen Kreis.³ Um die Subventionspolitik dennoch aufrechterhalten und selbst im Fünfjahresplan 1991 bis 1995 festschreiben zu können, ist Honecker sogar bereit, die Budgets von Nationaler Volksarmee (NVA) und Staatssicherheit um mehrere Milliarden Mark zu kürzen: „Die Überlegungen sollten davon ausgehen, dass es keinen Krieg mehr gibt“, heißt es im Vermerk über seine am 21. Februar 1989 geführte Aussprache mit Günter Mittag und Gerhard Schürer.⁴ „Entgegenstehende Beschlüsse des Nationalen Verteidigungsrates müssten aufgehoben werden.“ Doch das Kalkül der DDR-Führung, sich mit dieser Politik bei der Bevölkerung gesteigerte Arbeitsmoral, höhere Produktivität und politisches Wohlergehen zu erkaufen zu

können, geht nicht auf. Im Gegenteil: Die DDR-Wirtschaft fällt immer stärker hinter das „Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet“ (NSW) zurück. Zwischen 1984 und 1989 geht der Export ins NSW um ein Drittel auf 16 Milliarden DM zurück; mehrfach weist Plankommissionschef Schürer darauf hin, es sei 300 DM billiger, einen Videorekorder komplett im Westen zu kaufen, als ihn mit importierten Bauteilen aus dem NSW in der DDR produzieren zu lassen. Auch das milliarden schwere Projekt „Mikron“, im Rahmen dessen innerhalb von drei Jahren ein Ein-Megabit-Speicherschaltkreis entwickelt und 1990 in die Serienproduktion gehen soll, erweist sich als unrentabel. Der ostdeutsche Volksmund spottet über den „ersten begehbaren Chip der Welt“, während Honecker im September 1988 vollmundig von einer technologischen Sensation schwärmt: „Eure Leistungen sind ein hervorragender Beitrag im Wettlauf mit der Zeit“, lobt er das Kollektiv des Volkseigenen Betriebs (VEB) Carl Zeiss Jena bei der Übergabe.⁵ „Sie sind ein überzeugender Beweis dafür, dass die DDR ihre Position als entwickeltes Industrieland behauptet.“ Doch während sich der SED-Chef über die ersten in der DDR hergestellten Ein-Megabit-Speicherschaltkreise freut, produzieren IBM und Toshiba bereits Vier-Megabit-Speicher. Und während auf der Pilotlinie des VEB Forschungszentrum Mikroelektronik Dresden 1988 rund 5.000 Muster des U61000 und 1989 weitere 30.000 Megabit-Schaltkreise gefertigt werden, laufen bei Toshiba 100.000 Chips vom Band – pro Tag.



Bruderkuss von Leonid Breschnew und Erich Honecker, verewigt auf der Berliner East Side Gallery

Weniger die absolute Höhe der Schulden gegenüber westlichen Ländern als vielmehr deren steigende Tendenz und kürzere Zahlungsfristen stellen die DDR Ende der 1980er-Jahre vor existenzielle Probleme. Dass diese hausgemacht sind, konstatiert sogar das Ministerium für Staatssicherheit (MfS): „Die subjektiven Ursachen, die der weiter anhaltenden Tendenz der problembehafteten Entwicklung der Volkswirtschaft zugrunde liegen, haben keine feindlich motivierte Grundlage.“⁶ Seit 1973 ist der Kandidat des SED-Politbüros Gerhard Schürer Chefökonom der DDR. An ihm und seinen 2.000 Mitarbeitern führt kein Weg vorbei, wenn es im Rahmen des „Zentralen Plans“ um die Vergabe von Krediten, die Genehmigung eines Stahlwerkes oder die Förderung der Mikroelektronik geht. Schürer plant bis ins Detail: „Lieferte ein Züchter ein Kaninchen an den Staat, erhielt er dafür sechzig Mark. Kaufte er es danach geschlachtet und ausgenommen bei der Staatlichen Handelsorganisation (HO) zurück, kostete es trotz der aufgewendeten Arbeit nur 15 Mark.“⁷ Als wenig erfolgreich erweist sich auch, dass Schürer festlegt, wie viel Erdöl aus der Sowjetunion importiert wird, während sich Außenhandelsminister Gerhard Beil um die Preise kümmert.

Im „Kleinen Kreis“ der für Wirtschaftsfragen verantwortlichen Politbüromitglieder redet Planungschef Schürer am 16. Mai 1989 Klartext: „In diesem heute hier anwesenden kleinen Kreis möchte ich mit aller Offenheit sagen dürfen, dass bei Fortsetzung dieser Entwicklung die DDR 1991 zahlungsunfähig ist. Wenn wir über die Zahlungsbilanz nicht strengste Geheimhaltung gewährleisten, kann der Zeitpunkt der Zahlungsunfähigkeit noch früher eintreten.“⁸ Die Teilnehmer sind ratlos: „Was sagen wir dann dem Volk, wie treten wir dann dem Volk gegenüber auf?“, fragt der Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Harry Tisch irritiert.⁹ „Wir sollten jetzt nach vorne sehen“, rät Egon Krenz, seit 1984 Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates und damit zweiter Mann hinter Erich Honecker. „Es ist für mich gar keine Frage, ob die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik fortgeführt wird. Sie muss fortgeführt werden, denn sie ist ja der Sozialismus in der DDR!“¹⁰

„ERSTER SPATENSTICH FÜRS GRAB“

Dem „Sozialismus in der DDR“ erweist Egon Krenz am 7. Mai 1989 als Leiter der Zentralen Wahlkommission bei den Kommunalwahlen einen Bärendienst. Auch bei jener Wahl stehen nur Kandidaten der Einheitsliste der Nationalen Front auf dem Stimmzettel; der Antrag kirchlicher Gruppen in Berlin und in Dresden, eigene Kandidaten auf der Einheitsliste zu platzieren, wird abgelehnt. Doch diesmal beschränken sich die Bürger nicht aufs „Falten gehen“, auf das Einwerfen ihres lediglich gefalteten Stimmzettels, sondern nutzen in einem beispiellosen Ausmaß die Wahlkabinen, um jeden Kandidaten der Einheitsliste einzeln waagrecht durchzustreichen und auf diese Weise mit „Nein“ zu stimmen.

Zudem pochen viele mutige Bürger auf ihr im Wahlgesetz verankertes Recht, die Stimmauszählung vor Ort zu verfolgen. Aller Diskretion der Bürgerrechtsbewegung zum Trotz bleibt die Aktion „Wahlfall 89“ der Staatssicherheit nicht verborgen. In einigen Städten warnen die Bezirksbehörden des MfS die SED angesichts der geplanten Kontrolle der Stimmauszählung sogar vor einer Manipulation der Wahlergebnisse. Doch die stehen seit Langem fest: „Sechs Wochen vor der Wahl wurden wir ins Rote Rathaus einbestellt“, erinnert sich Günter Polauke, von 1986 bis Ende 1989 Bezirksbürgermeister von Berlin-Treptow, an diese „letzte Ölung“.¹¹ „Dort bekamen wir kleine Zettel, auf denen Zahlengruppen draufstanden – das waren die zu erbringenden Ja-Stimmen im Stadtbezirk und die zu erbringenden Wahlbeteiligungsstimmen. Demzufolge wusste man, man kann so und so viele Gegenstimmen haben.“

In Berlin gelingt es den Kirchen-, Umweltschutz- und Bürgerrechtsgruppen, Beobachter in nahezu alle Wahllokale zu entsenden, die den Auszählern penibel auf die Finger schauen. In der gesamten DDR werden die Vertreter der oppositionellen Bürgerrechtsbewegung Zeugen, wie Wahlurnen vorzeitig geöffnet, Wählerlisten gefälscht, ungültige Stimmen als „Ja“ gewertet werden und der Anteil der Nein-Stimmen bewusst nach unten korrigiert wird.

Insbesondere in Berlin, Potsdam, Leipzig, Dresden und Naumburg registriert die Opposition krasse Abweichungen von bis zu 20 Prozent.

Als Wahlleiter Egon Krenz am Abend das vermeintliche Ergebnis verkündet, ist allen klar: Diese Zahlen sind gefälscht. „Die Kommunalwahlen im 40. Jahr unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates wurden zu einem eindrucksvollen Votum für die Kandidaten der Nationalen Front der Deutschen Demokratischen Republik“, biegt sich der ZK-Sekretär die Wirklichkeit zurecht – 98,85 Prozent Ja-Stimmen und lediglich 1,15 Prozent Gegenstimmen. Auch Günter Polauke in Treptow frisiert schließlich seine Zahlen. Denn als der Bezirksbürgermeister seinem Stellvertreter nach Auszählung der Stimmen aufträgt, sechs Prozent Gegenstimmen und damit das tatsächliche Ergebnis ans Rote Rathaus zu melden, wird dieser am Telefon zusammengestaucht. Daraufhin ordnet sich Polauke der Parteidisziplin unter, schreibt die von der SED geforderten Zahlen ins Wahlprotokoll und unterzeichnet das Papier – Wahlfälschungen sind allerdings auch in der DDR ein Straftatbestand; Paragraph 211 des Strafgesetzbuches sieht dafür Haftstrafen von bis zu fünf Jahren vor. 1993 wird Polauke wegen Wahlfälschung zu sechs Monaten Freiheitsstrafe, ausgesetzt auf zwei Jahre zur Bewährung, verurteilt. „Ich hätte Nein sagen können“, sinniert er später.¹² „Was wäre mir passiert? Mir persönlich nichts! Vielleicht wäre eine Parteikontrollkommission vier Wochen später über Treptow hergefallen mit der Frage: Was ist los in Treptow? Da wäre ich vielleicht abgesetzt worden und würde irgendwo was anderes gemacht haben. Also eigentlich wäre mir nichts passiert. Darüber denke ich oft nach.“

Noch am Wahlabend gehen in Leipzig 1.000 Demonstranten gegen die Wahlfälschung auf die Straße. Fünf Tage darauf erheben Berliner Bürgerrechtler „Einspruch gegen die Gültigkeit der Kommunalwahlen“ beim Nationalrat der DDR, doch alle 300 Wahlanfechtungen, Strafanzeigen und Beschwerden werden abschlägig beschieden. Die Justiz erhält Weisung, Einsprüche gegen das Wahlergebnis unkommentiert abzulehnen, Staatsanwälten werden eigenständige Ermittlungen untersagt. Eine Woche nach Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses ordnet Egon Krenz die

Vernichtung sämtlicher Wahlunterlagen an - und wird zum Gegenstand bissigen Spotts: Egon Krenz besucht kurz vor der Wende eine LPG. Ein Zeitungsreporter fotografiert ihn für seinen Artikel im Stall. In der Redaktion grübeln die Redakteure über eine geeignete Bildunterschrift. „Egon Krenz unter Schweinen“, sagt der eine. „Bist du verrückt? Das können wir auf keinen Fall schreiben!“, werfen die Kollegen ein. Schließlich verständigen sie sich auf „Egon Krenz, dritter von links“.

Ein gegen Krenz eingeleitetes Ermittlungsverfahren wird 1997 vom Berliner Landgericht eingestellt; wegen seiner Verantwortung für die Todesschüsse an Berliner Mauer und innerdeutscher Grenze ist er zu jenem Zeitpunkt bereits zu einer Freiheitsstrafe von sechseinhalb Jahren verurteilt worden. Insgesamt werden 161 Personen in 76 Wahlfälschungsverfahren angeklagt und 124 Angeklagte rechtskräftig verurteilt.

Die gefälschten Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 sind einer der Auslöser für die Demonstrationen im Herbst jenes Jahres. „Es wird für mich unbegreiflich bleiben, warum die Regierenden so reagiert haben, wie sie reagiert haben“, wundert sich der damalige Pfarrer und spätere CDU-Bundestagsabgeordnete Rainer Eppelmann.¹³ „Denn dass wir in einzelnen Wahllokalen oder - wie in Friedrichshain - flächendeckend in allen oder fast allen Wahllokalen bei der Auszählung der Stimmen mit dabei sein würden, hat die Staatssicherheit Wochen vorher gewusst.“ Ein „Schlüsseldatum“ für die Herausbildung von „bürgerschaftlichem Widerstand“ und die Erlangung „demokratischer Grundrechte“ in der DDR nennt der in der christlichen Friedens- und Umweltbewegung sozialisierte spätere Bundestagsabgeordnete Thomas Krüger (SPD) die Kommunalwahlen, und für den Bürgerrechtler und späteren Bundestagsabgeordneten Werner Schulz (Bündnis 90/Die Grünen) sind sie der „erste Spatenstich fürs Grab“ des SED-Staates.

UNGARN REISST DEN EISERNEN VORHANG EIN

Während Erich Honecker Ende Januar 1989 noch trotzig postuliert „Die Mauer wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen

bleiben“¹⁴, hat sich der Eiserne Vorhang für die Ungarn vor ihrer Grenze zu Österreich bereits überlebt: Seit anderthalb Jahren dürfen sie mit ihrem „Weltpass“ ins nichtsozialistische Ausland reisen. Anfang März fliegt der ungarische Ministerpräsident Miklós Németh nach Moskau, um Kremlchef Michail Gorbatschow über die Absicht seiner Regierung zu informieren, die Grenzsperrn einzureißen. Die Reaktion des sowjetischen Staatschefs verblüfft den Reformler aus Budapest: „Ich sehe da, ehrlich gesagt, gar kein Problem“, versichert ihm Gorbatschow.¹⁵

Für den Kremlchef ist das Thema Grenzöffnung nicht neu; Ende Mai 1987 hatten er und sein Außenminister Eduard Schewardnadse der DDR-Führung vorgeschlagen, „die Mauer abzureißen“, wie ein enger Mitarbeiter Schewardnadses samt der ostdeutschen Antwort notiert: „Scharfe Reaktion unserer Freunde auf diese Idee“.¹⁶ Seit dem Frühjahr 1987 strebt die sowjetische Führung die Ablösung des reformunwilligen SED-Chefs Erich Honecker an; am 4. März waren der kurz zuvor als Chef der DDR-Auslandsspionage ausgeschiedene Markus Wolf, der stellvertretende KGB-Vorsitzende und Gorbatschow-Vertraute Wladimir Krjutschkow sowie Dresdens SED-Chef Hans Modrow im Gästehaus der SED-Bezirksleitung Dresden im Villenviertel Weißer Hirsch zu einem Geheimgespräch zusammengekommen. „Krjutschkow wollte von mir wissen, wie ich die Situation in der DDR beurteile“, erinnert sich Modrow.¹⁷ Honecker und MfS-Minister Erich Mielke trauen Modrow nicht über den Weg und weisen den Chef der MfS-Bezirksverwaltung Dresden an, massiv gegen ihn vorzugehen, um ihn wegen Hochverrats anklagen zu können. „Meine Wohnung und mein Dienstzimmer waren total verwandt“, sagt Modrow nach Sichtung der heute beim Bundesnachrichtendienst archivierten Beweissammlung des MfS.¹⁸ „Post und Telefon wurden ebenfalls überwacht.“ Die Zeit von Wolf und Modrow läuft ab, erkennt Gorbatschow, und richtet den Blick auf Bonn: „Es ist nötig, sich in den Beziehungen mit der BRD auf ungewöhnliche Dinge einzulassen“, erklärt der Kremlchef im Politbüro.¹⁹



Nach 40 Jahren öffnet sich der Eiserne Vorhang im Sommer 1989 zunächst in Ungarn.

Und so sind es ungarische Soldaten, die am 2. Mai 1989 nahe der Ortschaft Kőszeg an der Grenze zu Österreich mit dem Abbau der Grenzanlagen beginnen und damit einen Epochenwechsel einleiten. „Heute endet hier an dieser Stelle die 40-jährige Teilung Europas in Ost und West“, berichtet Joachim Jauer, ZDF-Sonderkorrespondent für Mittel- und Osteuropa, in den „heute“-Nachrichten live vor Ort.²⁰ „Dies wird unabsehbare Folgen haben – für Europa, für die Deutschen in der Bundesrepublik und insbesondere in der DDR.“ Die Führung in Ost-Berlin unterschätzt die Brisanz dieser vom „Westfernsehen“ in Millionen DDR-Haushalte übertragenen Bilder: „Wenn das die Leute in der DDR sehen, fangen sie sofort an zu laufen“, ahnt Axel Hartmann, Spitzendiplomat im Bonner Kanzleramt.²¹ „Das einzige,

was die suchen, ist das Loch im Zaun. Jetzt bekommen sie es über das Fernsehen geliefert.“

FURCHT VOR „CHINESISCHER LÖSUNG“

Auch die chinesische Bevölkerung verfolgt Gorbatschows Reformen mit großer Sympathie. Dessen für den 15. Mai 1989 geplanten Staatsbesuch, des ersten seit dem Bruch zwischen Moskau und Peking 1959, hat Chinas kommunistische Führung um den „Obersten Führer“ Deng Xiaoping akribisch vorbereitet. Doch angesichts der bereits seit Wochen andauernden Massendemonstrationen für mehr Demokratie, Pressefreiheit und gegen Parteiprivilegien sehen sich die Gastgeber genötigt, ihr Programm zu ändern. Vier Wochen zuvor ist der reformorientierte frühere KP-Generalsekretär Hú Yàobāng mit knapp 74 Jahren verstorben, Ikone der Studentenbewegung und Hoffnungsträger der nach Reformen dürstenden Chinesen. Viele zweifeln am natürlichen Tod ihres Idols. Zwei Tage vor dem Besuch des sowjetischen Gastes treten zahlreiche Studierende in den Hungerstreik, die Zahl der Demonstranten auf dem Platz des Himmlischen Friedens („Tian’anmen“) steigt auf 1,2 Millionen: „Kurz vor der Landung in Peking wurde per Funk bekanntgegeben, dass das offizielle Empfangszeremoniell am Flughafen stattfinden werde“, erinnert sich Gorbatschow.²² „Der Tian’anmen-Platz sei seit dem 4. Mai von Studenten besetzt. Eine Demonstration wie diese war in China alles andere als üblich.“

Gastgeber Deng Xiaoping sieht sich brüskiert und schäumt vor Wut ob dieses Gesichtsverlustes. Kaum ist Gorbatschow abgereist, verhängt die chinesische Führung über einige Stadtbezirke von Peking den Ausnahmezustand und lässt Truppen in die Stadt einmarschieren. In der Nacht vom 3. zum 4. Juni räumen bewaffnete Kräfte von Armee und Polizei den Tian’anmen-Platz und die angrenzenden Wohnviertel und schlagen die studentische Demokratiebewegung – den „Pesthauch der bürgerlichen Liberalisierung“ – blutig nieder; nach Schätzungen des chinesischen Roten Kreuzes werden beim Tian’anmen-Massaker 2.600 Demonstranten getötet und 7.000 verletzt. „Wir brachten unser Beileid mit den Betroffenen zum

Ausdruck, außerdem aber die Hoffnung, dass Weisheit und gesunder Menschenverstand sich durchsetzen und einen Ausweg aus dieser komplizierten Situation finden werden, der des großen chinesischen Volkes würdig sei“, erinnert sich Gorbatschow.²³ „So verband sich in unserer Haltung das Prinzip der Nichteinmischung mit dem aufrichtigen Wunsch, das befreundete Land möge so bald wie möglich seine Stabilität zurückgewinnen – und zwar auf dem Weg der Reformen und der Offenheit, des zivilen Friedens und der Gewaltlosigkeit.“

Ganz anders fallen die Reaktionen in Ost-Berlin aus. Die DDR-Führung solidarisiert sich mit den Machthabern in Peking, ohne zunächst allzu viele Details zu kennen: „Im Politbüro herrschte zu diesem Zeitpunkt noch Skepsis und Unklarheit über die Vorgänge“, erinnert sich dessen Mitglied Günter Schabowski.²⁴ „Konterrevolutionärer Aufruhr in China wurde durch Volksbefreiungsarmee niedergeschlagen“, titelt das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“.²⁵ Und DDR-Außenminister Oskar Fischer bekundet gegenüber seinem chinesischen Amtskollegen Qian Qichen „die Solidarität und Verbundenheit mit der Volksrepublik China und dem chinesischen Brudervolk“.²⁶

Drei DDR-Delegationen geben sich kurz darauf in Peking die Klinke in die Hand. Hans Modrow macht den Anfang. Empfangen wird der Dresdner SED-Chef von Politbüromitglied Wu Xueqian: „Im Namen der Partei- und Staatsführung dankte dieser für die solidarische Haltung der SED und des ganzen Volkes der DDR mit dem chinesischen Volk und der KP Chinas in dieser schwierigen Phase“, heißt es im „Neuen Deutschland“.²⁷ Als nächster fliegt Politbüromitglied Günter Schabowski nach China und wird am 14. Juli vom neuen Staats- und Parteichef Jiang Zemin empfangen. Ein Massaker an den Studenten habe es nicht gegeben, beteuert der KP-Chef, im Gegenteil: Der Platz sei vom Militär weitgehend friedlich geräumt worden. Allerdings seien in den angrenzenden Straßen bei „Auseinandersetzungen rund 400 Menschen umgekommen, Soldaten und Studenten“.²⁸ An diese Begegnung wird sich Schabowski im Herbst erinnern, als es um die Frage geht, in Leipzig Panzer gegen Demonstranten einzusetzen. Ende September reist schließlich Egon

Krenz zum 40. Jahrestag der Volksrepublik nach China. Klassensolidarität sei für die Kommunisten der DDR „eine Sache der Klassenehre und Klassenpflicht“, betont er.²⁹ Man stehe „auf der Barrikade der sozialistischen Revolution“ demselben Gegner gegenüber. „Bei der Beurteilung der Ereignisse in der Volksrepublik China kann man nicht von den Horrordarstellungen der BRD-Medien ausgehen“, erklärt Krenz gegenüber der DDR-Nachrichtenagentur ADN.³⁰ „Man muss sich auf die wirklichen Ereignisse und die Erklärungen der chinesischen Partei- und Staatsführung stützen.“

Nicht erst seit diesen martialischen Sprüchen geht unter den Bürgerrechtlern in der DDR die Angst um, auch bei ihnen könnte das Regime zu einer „chinesischen Lösung“ greifen. „Wir haben die Bilder aus Peking im Westfernsehen gesehen“, erinnert sich der bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Werner Schulz.³¹ „Es war schrecklich. Ich habe das nicht für möglich gehalten in einem Jahr, in dem man das Gefühl von demokratischem Aufbruch im sozialistischen Lager verspürte – Frühling in Moskau, Glasnost, Perestrojka. Die Bilder der chinesischen Studenten auf dem Tian’anmen kamen für uns überraschend. Wir wussten relativ wenig von diesem hermetisch abgeschlossenen kommunistischen Reich.“

Die unverhohlene Warnung der DDR-Führung vor möglicher Gewaltanwendung treibt im Spätsommer 1989 Tausende in die Flucht in den Westen. Wie in jedem Jahr, so machen sich auch in diesem Sommer mehrere Hunderttausend DDR-Bürger mit Zelt oder Wohnwagen nach Ungarn auf, der Balaton zählt zu den beliebtesten Urlaubszielen im Ostblock. Doch im Sommer 1989 wollen Zehntausende von Ausreisewilligen nicht zurück. Sie fühlen sich durch die jüngsten Ereignisse ermutigt, nach Ungarn zu reisen, um über die sich öffnende Grenze nach Österreich und weiter in die Bundesrepublik zu flüchten. Über 100 Flüchtlinge campieren bereits in der Bonner Botschaft in Budapest.

Am 19. August 1989 bietet sich während des „Paneuropäischen Picknicks“ an der österreichisch-ungarischen Grenze bei Sopron eine unerwartete Chance zur Flucht. Im Mai hatten Mitglieder des oppositionellen Ungarischen Demokratischen Forums bei einem Abendessen die Idee entwickelt, am noch verbliebenen Abschnitt des

Eisernen Vorhangs ein österreichisch-ungarisches Fest der Begegnung und des Freiheitswillens zu veranstalten und dabei für wenige Minuten symbolisch die Grenze zu öffnen. Die Schirmherren der Veranstaltung, der ungarische Staatsminister und Reformler Imre Pozsgay und der CSU-Europaabgeordnete Otto von Habsburg, hatten in Budapest und Sopron mit Tausenden von Flugzetteln zur Teilnahme am Picknick eingeladen, und viele Urlauber aus der DDR waren daraufhin an die Grenze gefahren.

„Plötzlich war die Möglichkeit da, zu testen, wie viel Gorbatschows Zusage wert war, nicht einzugreifen“, sagt Ministerpräsident Németh.³² „Ich war mir der Verantwortung und der Gefahr bewusst und sehr nervös.“ Als sich nachmittags das Grenztor symbolisch für drei Stunden öffnet, nutzen knapp 900 DDR-Bürger, darunter Familien mit Kindern, die Chance und stürmen an den fünf Grenzsoldaten vorbei in die Freiheit – es ist die bis dahin größte Fluchtbewegung aus Ostdeutschland seit dem Bau der Berliner Mauer. Die Nachricht von der Massenflucht verbreitet sich wie ein Lauffeuer: „Die Flüchtlinge hatten frisch ausgestellte Pässe der bundesdeutschen Botschaft in Budapest in der Hand“, berichtet der Ungarn-Korrespondent des RIAS live im „Abendreport“.³³ „Die Grenzsoldaten ließen die DDR-Bürger unbehelligt; die konnten mit dem Auto in die Nähe der Grenze fahren, wurden dort angehalten, ließen das Auto stehen und gingen dann praktisch mit nichts als den Kleidern am Körper über die Grenze.“

GEHEIME BEGEGNUNG AUF SCHLOSS GYMNICH

Vom Wohlwollen Gorbatschows ermutigt, plant Regierungschef Németh nun die dauerhafte Öffnung der ungarischen Westgrenze. In einer geheimen zweieinhalbstündigen Begegnung mit Kohl und Genscher auf Schloss Gymnich bei Bonn unterrichten Németh und Außenminister Gyula Horn ihre deutschen Amtskollegen am 25. August von ihrer Absicht, die nach Ungarn Geflohenen nicht in die DDR abzuschieben, sondern die Grenze zu öffnen und alle Deutschen bis Mitte September über Österreich ausreisen zu lassen. „Mir stiegen die Tränen in die Augen, als Németh dies ausgesprochen hatte“,

erinnert sich Kohl.³⁴ „In diesem Moment wurde mir deutlicher denn je bewusst, wie wichtig und richtig es gewesen war, dass wir all die Jahre an der einen deutschen Staatsbürgerschaft festgehalten hatten.“

Wie der DDR, so steht auch Ungarn das Wasser ökonomisch bis zum Hals. Angesichts der erdrückenden Auslandsschuldenlast seines Landes hatte der in Harvard ausgebildete Wirtschaftswissenschaftler Németh als Erstes die kostspielige Instandhaltung der Grenzanlagen aus dem Etat gestrichen. „Es sprach sich herum, dass die ungarischen Grenzanlagen bereits Mitte der 80er-Jahre technisch veraltet waren“, sagt Axel Hartmann, seit 1987 Osteuropa-Referent im Kanzleramt.³⁵ „Sie bestanden zu diesem Zeitpunkt eigentlich nur noch, um die Flucht von DDR-Bürgern zu verhindern.“ Auf die Frage Helmut Kohls, was Ungarn als Gegenleistung erwarte, antwortet Németh: „Wir sind keine Menschenhändler wie (Rumäniens Staatschef) Ceaușescu oder Honecker.“³⁶ Er bittet jedoch darum, Ungarn bei den Partnerschaftsverhandlungen mit der EU zu helfen und dem Land beizustehen, falls es Probleme mit den Energielieferungen aus der Sowjetunion geben sollte.

Der Bundeskanzler kommt Németh umfänglich entgegen: „Die Bundesregierung gewährte Ungarn einen Kredit von 500 Millionen DM, außerdem sagten wir die Aufhebung des Visumzwangs zu und versicherten Budapest der deutschen Unterstützung beim angestrebten Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft. Zur Entschuldungsproblematik – Ungarns Verbindlichkeiten bei Banken in der Bundesrepublik beliefen sich auf über 400 Millionen DM – sagte ich die Entsendung des Chefs der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, nach Ungarn zu. Ebenso erklärte ich den ungarischen Gästen, mich in der EG und in den USA dafür einsetzen zu wollen, dass den Ungarn umgehend und unbürokratisch aus der großen Wirtschaftskrise geholfen werde.“³⁷

„... UM IHNEN MITZUTEILEN, DASS HEUTE IHRE AUSREISE ...“

Am Abend des 10. September 1989 öffnet die ungarische Regierung den Flüchtlingen aus der DDR schließlich das Tor zum Westen. Für das SED-Regime ist dies der Anfang vom Ende seiner Existenz. „Vor der

Grenzöffnung wollte ich nach Ost-Berlin fahren und mit der Regierung sprechen“, erinnert sich Németh.³⁸ „Aber sowohl Staats- und Parteichef Erich Honecker als auch Ministerpräsident Willi Stoph waren krank, sodass ich keinen Verhandlungspartner hatte. Wir haben dann Außenminister Oskar Fischer informiert. Daraufhin schickte die DDR-Führung einen Brief an den ungarischen Parteichef, weil sie hoffte, dass die Partei auf mich Einfluss nehmen würde. Die Antwort lautete: In Ungarn schreibt die Partei der Regierung nicht mehr vor, was sie zu tun hat.“

Bereits seit drei Monaten ist die DDR praktisch führungslos und taumelt ohne Erich Honecker in die schwerste Krise ihrer 40-jährigen Geschichte. Auf dem Gipfel des Warschauer Paktes am 7. und 8. Juli 1989 in Bukarest war der SED-Chef mit schweren Gallenkoliken ins rumänische Regierungskrankenhaus eingeliefert und später nach Ost-Berlin ausgeflogen worden. Fünf Wochen später hatten die Ärzte ihm im Regierungskrankenhaus Berlin-Buch die Gallenblase und einen Abschnitt des Dickdarms entfernt, von dem dabei entdeckten Nierentumor und seiner Krebserkrankung erfährt Honecker jedoch erst im Januar 1990.

„Erschrocken und hilflos“ habe die übrige DDR-Führung beobachtet, „wie der sozialistische Block in die Brüche ging“, schildert Politbüromitglied Günter Schabowski später die Stimmung im engsten Führungszirkel.³⁹ Günter Mittag wirft der ungarischen Regierung „Verrat am Sozialismus“ vor, Außenminister Oskar Fischer erhofft sich Hilfe aus Moskau, doch Michail Gorbatschow lehnt das erbetene Treffen des Warschauer Paktes ab: Der Kreml werde keinen Druck auf die ungarische Regierung ausüben, die Grenzöffnung rückgängig zu machen. Die nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 verkündete „Breschnew-Doktrin“, mit der die Sowjetunion das Recht beansprucht, bei „Gefährdung des Sozialismus“ in anderen Ostblockstaaten militärisch einzugreifen, ist seit Anfang Juli Geschichte. Als Honecker Mitte September seine Amtsgeschäfte abgemagert und sichtlich gealtert wieder aufnimmt („So, da wären wir wieder“), sind ihm und der DDR-Führung die Zügel längst entglitten. „Ungarn hat am 10. September 1989 den ersten Stein aus der Mauer geschlagen“, sagt Bundeskanzler Kohl später

dankbar.⁴⁰ Nun steigen die Flüchtlingszahlen rasant, bis Ende September verlassen 32.500 Menschen die DDR über Ungarn, obwohl Ostdeutsche seit dem 11. September für Ungarn ein Visum benötigen, was kaum noch zu bekommen ist.

DDR-Flüchtlinge gibt es in der bundesdeutschen Botschaft in Prag seit jeher, doch hält sich deren Zahl in Grenzen. „Im Innerdeutschen Ministerium war ich in die Geheimnisse des Freikaufs und in die Rolle eingeweiht worden, die Rechtsanwalt Dr. Vogel in diesem Zusammenhang spielte“, erinnert sich Botschafter Hermann Huber, von 1988 bis 1992 Bonns Repräsentant in Prag.⁴¹ Als Wolfgang Vogel am 12. September 1989 in Begleitung seiner Frau und des Rechtsanwalts Gregor Gysi in der Botschaft eintrifft, befinden sich bereits 434 Zufluchtsuchende auf dem Gelände, und es werden stündlich mehr. In einem dreistündigen Gespräch bemühen sich die ostdeutschen Anwälte, die Flüchtlinge zur Rückkehr zu überreden: Wer mit ihnen in die DDR zurückreise, könne binnen sechs Monaten mit „wohlwollender Prüfung“ seines Ausreiseantrages rechnen. 280 Ausreisewillige lassen sich darauf ein, 154 Flüchtlinge aber bleiben. Das Deutsche Rote Kreuz kümmert sich in einer Feldküche um deren Versorgung, der Gesundheitsdienst des Auswärtigen Amtes um deren Gesundheit und die Lehrerinnen unter den Botschaftsangehörigen um den Schulunterricht. Doch in dem Maße, in dem die Zahl der Flüchtlinge erneut steigt, sinkt die Stimmung auf dem Botschaftsgelände. „Es braute sich das größte Flüchtlingsproblem zusammen, das eine deutsche Botschaft bis dahin erlebte“, sagt Hermann Huber.⁴² Mittlerweile 865 Flüchtlinge schlafen in drei Schichten, in viel zu kleinen Zelten, in den Büros, im Treppenhaus, zwei Personen auf jeder Stufe.

Als Wolfgang Vogel am 26. September ein zweites Mal in der Botschaft erscheint, um die Flüchtlinge mit aufgebesserten Angeboten zur Rückkehr in die DDR zu bewegen, trifft er auf eine fundamental gewandelte Situation: „Ihm schlug eine Woge eisiger Feindseligkeit entgegen“, erinnert sich Botschafter Huber später.⁴³ „Er wurde teilweise regelrecht ausgepiffen.“⁴⁴ „Wir glauben dir nichts mehr!“, rufen ihm die Flüchtlinge hinterher, während Vogel mit lediglich 50 Rückkehrwilligen irritiert das Botschaftsgelände verlässt

und hinter ihm schon wieder 100 neue Flüchtlinge über den Zaun klettern.⁴⁵

„Liebe Landsleute“, ruft Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher um 18.58 Uhr des 30. September vom Balkon des Prager Palais Lobkowitz ins Dunkel des Botschaftsparks hinein.⁴⁶ Jubel brandet auf, „Genscher, Genscher!“, „Freiheit, Freiheit!“⁴⁷ „Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise ...“⁴⁸ Der Rest des Satzes geht im frenetischen Jubel der nun fast 4.000 Flüchtlinge unter. Noch am selben Abend werde der erste Sonderzug fahren, versichert Genscher – durch die DDR. „Nein, niemals!“, ruft die Menge.⁴⁹ „Sie wissen, dass ich selbst einmal die DDR verlassen habe“, beruhigt der im August 1952 über West-Berlin nach Westdeutschland übergesiedelte Hallenser.⁵⁰ „Ich kann Sie gut verstehen, ich übernehme die persönliche Bürgschaft, dass Ihnen nichts geschehen wird.“ Lange hatte sich die DDR-Führung vor einer Entscheidung gedrückt, erst Genschers Gespräch mit seinem sowjetischen Amtskollegen Eduard Schewardnadse am Rande der UNO-Vollversammlung, dessen Telefonat mit Gorbatschow und ein Machtwort des Kremlchefs hatten schließlich binnen zwei Stunden zum Einlenken der Ost-Berliner Führung geführt. Die Bahnfahrt durch die DDR macht sie jedoch zur Bedingung, für Genscher eine absolut unverständliche Auflage: „Züge mit Tausenden von Flüchtlingen durch die DDR – das musste wie ein Fanal wirken. So kam es dann auch.“⁵¹

Bereits zwei Stunden nach Genschers Rede, „den bewegendsten Stunden in meiner gesamten politischen Arbeit“, verlässt der erste von sechs „Zügen in die Freiheit“ den Prager Bahnhof. Im letzten Zug sitzt Peter-Christian Bürger. Mehr als drei Monate hat der Koch aus Karl-Marx-Stadt (seit 1990 wieder Chemnitz) in der Botschaft verbracht. Nach Ablehnung zweier Ausreiseanträge hatte er Anfang 1986 schon einmal fliehen wollen, war aber von einem „Freund“ verraten worden und ins Zuchthaus Cottbus gekommen. Als Bürger Ende Mai 1989 die Fernsehberichte aus Prag sieht, versucht er es erneut, überquert nachts bei Oberwiesenthal im Erzgebirge die grüne Grenze und schlägt sich zur Bonner Botschaft in Prag durch. In der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober fährt Bürger durch seine Heimatstadt: „Diese Zugfahrt war eines meiner schlimmsten